

Kaffeebecher

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der ein Pfandsystem für Einwegbecher einführen soll. Die Maßnahme soll dazu beitragen, benutzte Becher dem Recycling zuzuführen sowie die unbedachte Nutzung von Einwegbechern und somit das Müllaufkommen in Deutschland zu reduzieren.

Rechtslage

Abfallvermeidung und Recycling gewinnen sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene zunehmend an Bedeutung. In den vergangenen Jahren wurden an verschiedenen Stellen Pfandsysteme oder Gebühren eingeführt.

Ein bekanntes Beispiel für Pfandsysteme ist die Einführung des Einwegpfands in Deutschland 2003. Für Dosen und Einwegflaschen mit Bier, Biermischgetränken, Mineral- und Tafelwässern sowie Erfrischungsgetränken beträgt das Pfand heute 25 Cent. (Das Pfand für Mehrwegflaschen wird nicht gesetzlich, sondern vom Abfüller bestimmt und beträgt in der Regel 8 oder 15 Cent.)

Ein bekanntes Beispiel für ein Gebührensystem ist die freiwillige Selbstverpflichtung bei Plastiktüten. Um gemäß einer Richtlinie der EU die Zahl der Kunststofftragetaschen zu verringern, verpflichtete sich der Handelsverband Deutschland, Plastiktüten künftig nur noch gegen ein Entgelt abzugeben.

Eine Regelung zur Abgabe von Einwegbechern gibt es bisher nicht.

Die Diskussion über die Nutzung von Einwegbechern

Unterwegs stets einen Becher mit einem Heißgetränk dabei haben zu können, wird heutzutage als selbstverständlich angesehen. In unserer modernen Gesellschaft haben sich die Menschen mit ihren eng getakteten Terminkalendern so an die Coffe-to-go-Becher gewöhnt, dass deren Folgen für die Umwelt erst allmählich hinterfragt werden.

Schätzungen zufolge werden in Deutschland jährlich 2,8 Milliarden Einwegbecher verbraucht. Die Becher bestehen in der Regel aus Pappe mit einer Kunststoffbeschichtung. Da sich die Papierfasern im Recyclingprozess nur schwer von der Kunststoffbeschichtung lösen lassen, werden die Becher überwiegend als Reststoffe verbrannt. Zahlreiche Umweltorganisationen halten die Becher daher für umweltschädlich, auch weil sie häufig achtlos weggeworfen werden. Darüber hinaus beansprucht die Produktion der Becher viele Ressourcen wie Holz und Wasser. Initiativen, die die Nutzung von Mehrwegbechern bewerben oder lokale Pfandsysteme einführen, haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Dies zeigt, dass die Sensibilität für das Thema in der Bevölkerung allmählich zunimmt.

Gegnerinnen und Gegner einer Regelung für Einwegbecher argumentieren, dass durch ein Pfand oder eine Abgabe lediglich der Preis der Getränke teurer, der Verbrauch aber nicht zurückgehen würde. Die Maßnahme sei nicht nachhaltig, sondern bestrafte die Wirtschaft auf der einen Seite sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher auf der anderen Seite.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Pfandsystems für Einwegbecher

§ 1

- (1) Die kostenfreie Abgabe von Einwegbechern ist verboten.
- (2) Verkaufsstellen, die Getränke in Einwegbechern anbieten, sind verpflichtet, ein Pfand in Höhe von 25 ct pro Becher zu erheben.
- (3) Verkaufsstellen, die Getränke in Einwegbechern anbieten, sind verpflichtet, benutzte Einwegbecher zurückzunehmen und das entsprechende Pfand von 25 Cent auszuzahlen.

Grundlegende Ansichten der GP

Die Gerechtigkeitspartei (GP) möchte allen Menschen zu ihrem Recht auf ein erfülltes und auskömmliches Leben verhelfen. Sie sieht die Gesellschaft als ein solidarisches System, in dem die Stärkeren auch für die Schwächeren einstehen.

Wo der Markt und die Gesellschaft nicht für Gerechtigkeit sorgen können, muss der Staat durch gesetzliche Regelungen gleiche Chancen für alle Menschen schaffen. Eine wesentliche Voraussetzung für echte Gleichberechtigung ist dabei die Integration aller Bürgerinnen und Bürger in den Arbeitsmarkt und damit die Gesellschaft.

Positionen der GP zum Pfand auf Einwegbecher

Die GP steht den Gesetzentwurf sehr positiv gegenüber.

- Die Nutzung von Einwegbechern hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Inzwischen stellen sie eine ernstzunehmende Ursache für Umweltverschmutzung dar.
- Ein Pfandsystem erhöht den Anreiz, die Becher zurückzubringen. Diese werden dann auf einem gesicherten Weg dem Recycling zugeführt. Das Pfand auf Einwegflaschen und Dosen hat bereits gezeigt, wie erfolgreiche eine solche Maßnahme sein kann.
- Ein Pfandsystem ist fair. Niemand muss für den Konsum von Kaffee mehr bezahlen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten das Geld für den Becher zurück. Dies ist gerade für weniger privilegierte Menschen wichtig.
- Ein Pfandsystem schädigt die Wirtschaft nicht. Weil ein Pfand keine Extrakosten aufwirft, wird sich der Konsum nicht verringern. Die Verkäuferinnen und Verkäufer von Kaffee und anderen Getränken müssen daher keine Gewinneinbußen befürchten.
- Ein Pfandsystem kann die Verbraucherinnen und Verbraucher zudem für den Umgang mit Einwegbechern sensibilisieren und zu alternativen Maßnahmen wie Mehrwegbechern motivieren.

Die Strategie der GP bei diesem Gesetzentwurf

Bei dem vorliegenden Thema handelt es sich um einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung, an dem auch die GP beteiligt war. Um stabil regieren zu können und ein gutes Außenbild abzugeben, ist die GP auf eine gute Zusammenarbeit mit ihrem Koalitionspartner der PEV angewiesen. Dafür sind häufig auch Kompromisse notwendig.